



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Niclas Dürbrook (SPD)

und

Antwort

der Landesregierung – Ministerin für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Prävention von Rechtsextremismus

Vorbemerkung des Fragestellers

Im 100-Tage-Programm der Landesregierung wird unter Punkt 59 auf die Prävention von Rechtsextremismus sowie weiteren Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eingegangen.

Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung innerhalb der 100-Tage-Frist zur Prävention von Rechtsextremismus sowie weiteren Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unternommen? Bitte nach einzelnen Maßnahmen aufschlüsseln.

Antwort:

Das Landesdemokratiezentrum S-H erarbeitet derzeit einen Sammelband zum Thema „Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein“. Neben einer wissenschaftlichen Perspektive, die unter anderem definitorische Abgrenzungen vornimmt, enthält der Sammelband auch eine praktische Perspektive, in der die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Beratungsstellen dargestellt wird. Der weiter vorangeschrittene Bearbeitungsprozess wurde beschleunigt und ermöglicht so eine voraussichtliche Veröffentlichung des Sammelbandes im Herbst. Darüber hinaus werden im angefragten Zeitraum weitere Maßnahmen zur Prävention von Rechtsextremismus sowie weiteren Phänome-

nen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit umgesetzt, die im 100-Tage Programm nicht erfasst wurden. Dazu gehören die Stärkung der landesweiten Tätigkeit der Beratungsstellen des Landesdemokratiezentrums Schleswig-Holstein im Präventionsauftrag gegen Rechtsextremismus, die weitere Förderung einer Fachstelle für Demokratiepädagogik zur Stärkung der Demokratie insbesondere im Kinder- und Jugendalter, die Einrichtung einer Fach- und Kontaktstelle Antisemitismus im Landesdemokratiezentrum, die Intensivierung der Zusammenarbeit mit islamischen Religionsgemeinschaften und muslimischen Verbänden, die Fortführung der interministeriellen Begleitung der Umsetzung des Landesaktionsplans gegen Rassismus inkl. Umsetzung einer breit angelegten Öffentlichkeitsarbeit durch entsprechende Begleitmaterialien sowie Veröffentlichung eines Förderaufrufs für zivilgesellschaftliche Projekte im Bereich Antirassismus.